

Kein Herbst in Sicht

Wie die neuen arabischen Demokratien um die Rolle der Religion ringen

Von Charlotte Wiedemann, Oktober 2011

Endet der arabische Frühling in einem grauen Herbst? Statt Demokratie nun Religion, Islam, Islamismus? Vom Ende einer Hoffnung zu reden, das hat nun Saison, zumal bei denen, die immer schon wussten: Muslime sind nur Demokraten, wenn sie ihre Religion eine Weile vergessen. Und so hatten die meisten im Westen den Aufbruch der arabischen Völker ja verstanden: Als Revolten, die (erstaunlicherweise) mit Religion nichts zu tun hatten.

Das aber war gestern so falsch wie heute. Wo immer die arabische Welt im Umbruch ist, spielt der Islam eine Rolle - obwohl nirgends für dezidiert religiöse Ziele gekämpft wurde.

„Gott ist mit uns. Und ihr?“ fragen syrische Aufständische auf Facebook die westlichen Regierungen. „Möge Gott unsere Schritte lenken“, sagt der ägyptische Richter, als er den Prozess gegen Hosni Mubarak eröffnet. Glaube ist Rückversicherung und Stimulans, Glaube färbt unterschwellig, wie sich politische Anliegen äußern. Im Prozess gegen Mubarak klagen die Familien der Märtyrer stellvertretend für die ganze Nation: Weil die Angehörigen eines Ermordeten im Islam das religiös verbrieftete Recht auf Vergeltung haben.

Wo früher schon ein Moscheebesuch im Morgengrauen politisch verdächtig war (Tunesien) und ein langer Bart zu Haft und Folter führen konnte (Ägypten), dort bedeutet heute die neue Freiheit naturgemäß mehr Freiheit für Religion. Das ist mehr als ein Backlash. Das Bewusstsein für individuelle Rechte ist durch die Revolutionen enorm gestiegen; Religiosität ohne staatliche Bevormundung zu praktizieren und zu zeigen wird mithin als Akt persönlicher Würde verstanden. Sogar ägyptische Stewardessen pochen nun auf ihr Recht, ein Kopftuch zu tragen.

Unpolitisch ist das alles nicht, aber es hat zunächst nichts mit Islamismus und Machtpolitik zu tun. Sondern in den keimenden postrevolutionären Gesellschaften ringen heute zwei große geistig-politische Impulse miteinander. Der erste Impuls ist der rebellische: das radikale Verlangen nach Demokratie und nach einer gerechten Sozialordnung. Der zweite Impuls ist beharrend: der kulturelle Konservatismus in Alltag und Lebenswelt, ein Produkt der Re-Islamisierung in den vergangenen drei Jahrzehnten. Zweifelsohne handelt es sich um dieselben Gesellschaften, die beides hervorbringen: Das Bedürfnis nach einem modernen Rechtsstaat und nach einer religiös gefärbten Identitätspolitik.

Beispiel Tunesien, wo gerade gewählt wurde: Die Tunesier, so hat eine Studie ergeben, denken „politisch progressiv und sozial konservativ“. Progressiv heißt: Eine große Mehrheit verlangt härtere demokratische Kontrollinstrumente, als die meisten Parteien in ihren Programmen feilbieten. Doch eine ebenso große Mehrheit will dem Staat die Befugnis geben, Kunst- und Ausdrucksfreiheit zum Schutz der Moral einzuschränken. *Moins de voleurs et plus de valeurs*, „weniger Diebe und mehr Werte“, so übersetzt sich das im Volksmund. Ennahdha, die „Renaissance“-Partei der tunesischen Islamisten, hat um

dieses Bedürfnis herum ihren Wahlerfolg konstruiert, mit dem Slogan „gläubig und ehrlich“. Die Botschaft: Der radikale Bruch mit dem alten korrupten System muss einhergehen mit neuem Stolz auf arabisch-islamische Identität. In Tunesien ist darum ein Kulturkampf entbrannt; das bisher tonangebende europafreundliche Bürgertum sieht nun die tolerante maghrebinische Hybrid-Kultur bedroht von einem quasi ausländischen Wüsten-Islam.

Doch die Verletzungen, die das Bedürfnis nach einer heilenden Identitätspolitik auslösen, sind ganz einheimischer Natur, in Tunesien wie in anderen Post-Diktaturen. Die Massen unterhalb der Armutsgrenze haben hilflos den Zerfall aller Bindungen erlebt, den alltäglichen Sieg von Betrug, Habgier, Prostitution. Über die Scham, dies alles so lange geduldet zu haben, sprechen nur wenige Araber, doch sie färbt die Psychologie der Gesellschaften im Umbruch. Entwürdigung und Selbsthass wirkt nach, schüren die Sehnsucht nach Selbstversicherung. Eine Sehnsucht, die kühle Verfassungspolitik nur schwer befriedigen kann.

Gerade deshalb ist folgender Befund wichtig: Wo demokratische Bewegungen (und nicht wie in Libyen eine Rebellenarmee) gegen Autokratien kämpften oder noch immer kämpfen, dort ruft heute niemand mit Autorität und Einfluss nach einem islamischen Staat, nach religiöser Herrschaft. Neun Monate nach dem ersten Diktatorensturz lautet eine vorläufige Bilanz des arabischen Frühlings: Muslime verstehen unter einem demokratischen Staat im Großen und Ganzen dasselbe wie wir. Aber nur eine Minderheit will eine liberale Gesellschaft nach westlichem Muster.

Staat und Islam: Das Arabische hat kein neutrales Wort für Säkularität. Der Begriff der Stunde ist nun *daula madaniya*, „der zivile Staat“; er steht in den Programmen der ägyptischen Muslimbrüder und der tunesischen Ennahdha, definiert durch Gewaltenteilung, Verfassungshoheit, good governance, Bürgerrechte. Religionsfern ist dieser Staat nicht; Gesetze sollen vom islamischen Recht inspiriert sein, ihm jedenfalls nicht widersprechen. Das allerdings stand auch bisher schon in diversen arabischen Verfassungen, ohne dass im Westen jemand aufmerkte.

Eine Demokratie, die sich in ihren Kernfunktionen nicht auf Gott beruft, aber doch religiös eingebunden bleibt, das ist bei einflussreichen Islamisten der neue Mainstream. Und im frommen Ägypten deckt sich das, einer Gallup-Umfrage zufolge durchaus mit dem Wunsch der Bevölkerung. 96 Prozent der Befragten wollen, dass Religion „eine wichtige Rolle“ spielt, aber nur ein Prozent will einen islamischen Staat. Zwei Drittel möchten Religionsfreiheit in der Verfassung verankert sehen; ebenso viele wollen religiösen Führern eine beratende Rolle beim Erlass von Gesetzen geben.

Der Islam überlässt es den Menschen, ihre Gesellschaft zu verwalten und die Werkzeuge dafür zu wählen: Das hat nun mit bemerkenswerter Klarheit die Al-Azhar-Universität proklamiert, die 1000 Jahre alte Traditionsuniversität der Sunniten. Ihr Großscheich verlas nach Beratungen mit Politikern und Intellektuellen im Fernsehen eine Art Magna Charta der Grundrechte, die ihre Gültigkeit aus einer vom Volk bestätigten Verfassung beziehen. Damit stellt sich der Chef der weltweit wichtigsten sunnitischen Institution gegen alle, die Staat und Verfassung göttlich legitimiert sehen wollen.

Der Großscheich folgt dabei auch eigenem Kalkül. Ahmed al Tayyeb, ein Absolvent der Sorbonne, ist Sufi und er kam noch unter Mubarak ins Amt; beides verschafft ihm Gegner. Eine zu große Nähe der Azhar zur politischen Macht hat schon seit Mitte des 20. Jahrhunderts deren Ansehen untergraben; das begünstigte den Aufstieg des Islamismus. Nun versucht der Großscheich die Azhar im demokratischen Prozess auf neue Weise als *Player* zu positionieren.

Die arabischen Debatten über das Verhältnis von geistlicher und weltlicher Ordnung klingen manchmal dramatisch, doch ihre Resultate überraschen derzeit eher durch Pragmatismus, durch die Tendenz zum Mischmodell. Das könnte, bei aller Vorsicht der Prognose, auch für ein Syrien nach Bashar al-Assad gelten. Der Säkularismus, den das Regime der Baath-Partei garantiert, sei zu einer „ungesunden Obsession“ geworden, sagt Malik El-Abdah, ein wichtiger Sprecher der Auslandsopposition: Als ob nämlich nur dieses Regime einen Konfessionskrieg zwischen Sunniten, Alaviten und Christen verhindern könne. Stattdessen müsse Syrien ein eigenes Konsens-Modell finden, jenseits der strikten Laizität, die einst von den Franzosen übernommen wurde.

Libyen bleibt ein Sonderfall, unkalkulierbar. Die Islamisten haben dort lange und opferreich gegen Ghadafis Staatskonzept gekämpft. Wo sich die modernen Islamisten anderer Länder gerade gedanklich hinbewegen, das gab es – Ironie der Geschichte – durchaus im Ghadafi-Islam: zeitgenössische Exegese und einen Vorrang des Koran vor Sunna und Hadith, also vor jener Vorbildtradition des Propheten, die naturgemäß stets die Sitten des siebten Jahrhunderts spiegelt. Davon hatten die Frauen profitiert; nun droht ihnen, befreit von Ghadafi, die Wiedereinführung der Polygamie, herbei gebombt mit Hilfe der Nato.

Die Grenzen der Freiheit: Auf die Frage „Was für eine Gesellschaft wollen wir sein?“ gibt es heute im arabischen Raum ein schrilles Konzert von Antworten. Selbst unter denen, die wir gewohnheitsmäßig Islamisten nennen, ist die Bandbreite enorm: Ein libyscher Rebellen-Macho hat wenig gemein mit der jemenitischen Friedensnobelpreisträgerin. Gleichwohl setzen alle die Balance zwischen Meinungsfreiheit und Respekt für religiöse Empfindlichkeit anders als der Westen. Was dann „demokratisch“ ist, müssen die jeweiligen Gesellschaften selbst definieren. Und im Streit um diese kulturpolitischen Kleiderordnungen wird sich vermutlich mehr arabischer Pluralismus herausbilden als in den großen Fragen des Staatsverständnisses.

Der neue politische Islam: Die gemäßigten Islamisten gehören nun zum demokratischen Spektrum, das muss der Westen respektieren. Vom ihrem ursprünglichen Schlachtruf „Der Islam ist die Lösung (für alles)“ entfernen sich die großen Organisationen immer mehr. Manche schielen auf den Erfolg des türkischen Modells: Ein säkularer Staat, geführt von einem frommen Regierungschef.

Der Verlust des einigenden Bandes staatlicher Repression, Debattierfreiheit in den einigen Reihen und neue Konkurrenz außerhalb – all das verändert die arabischen Islamisten rasant. Ägypten zählt schon ein Dutzend islamisch eingefärbter Parteien; die alteingesessenen Muslimbrüder differenzieren sich, erleiden Abspaltungen, kämpfen mit ihrer Verbandsjugend – und müssen lernen, fair zu verlieren. Bei der ersten freien Wahl in der ägyptischen Ärztevereinigung büßten die Muslimbrüder gerade ihre Monopolstellung ein. Die Vereinigung war lange ihre Propagandabasis; nun feierten unabhängige Listen überraschende Erfolge.

Konkurrenz auch von rechts: Die rückwärtsgewandten Salafiten berufen sich vom Namen her auf „die Ahnen“, auf das Vorbild der ersten drei Generationen von Muslimen. Als politische Formation sind die Langbärtigen eine Randerscheinung, doch ihr buchstabengläubiges, unhistorisches Islam-Verständnis ist heute weit verbreitet; auch dies ein Produkt der vergangenen Jahrzehnte. Die Überschwemmung des Alltags mit religiösen Angeboten, Fernsehsendern, Prediger-Kassetten hat die ängstliche Unsicherheit, wie sich ein Muslim „richtig“ verhält, nur verstärkt und einen ständigen Hunger nach Fatwas (Rechtsbelehrungen) erzeugt.

Für die um Modernisierung bemühten Neo-Islamisten ist eine solche stockkonservative Basis durchaus ein Problem, zwingt sie quasi zum politischen Spagat. So hat die tunesische Ennahdha im Kampf um weibliche Wähler jetzt das Verbot der Polygamie gebilligt mit der Begründung, dies sei durch *ijtihad*, zeitgenössische Textauslegung, gedeckt. So argumentieren sonst muslimische Feministinnen. Daran werden manche im Fußvolk zu kauen haben.

Die Frauenfrage: Mit den Rechten von Frauen – mehr! weniger! – wird überall Politik betrieben. Und die Frauen selbst sind an allen Fronten, manchmal quer zu unseren Stereotypen: als Laizistin mit Kopftuch, als Islamistin ohne. Im Frühling standen die Araberinnen für eine historische Sekunde als gleichberechtigte Bürgerinnen auf der Bühne der Revolution. Kommt nun der Rollback, im Namen der Religion?

Ein Beispiel aus Ägypten: Das Sorgerecht, noch unter Mubarak reformiert, stärkte die Rolle der geschiedenen Mutter, während islamisches Recht traditionell den Vater bevorzugt. Nun, seit der Revolution, demonstrieren Väter vor dem Justizministerium gegen ihre „Benachteiligung“, und Familienrichter kritisieren das Sorgerecht als unislamisch. Doch die Lobby der Mütter hat gleichfalls mobilisiert, zur Abwehr des Angriffs, und andere muslimische Frauengruppen trommeln darüber hinaus längst für erweiterte Rechte.

Die Frauen allein als Opfer zu sehen, wäre falsch. Sie sind Teil des großen Ringens um das künftige Gesicht arabischer Demokratien. Dies ist eine Zeit des Kräftemessens, chaotisch und anstrengend. Nicht nur die Frauen, aber für sie ganz besonders.